

Ziel 2



Ernährung sichern

Mit SDG 2 haben sich die Regierungen verpflichtet, Hunger und Ernährungsunsicherheit bis zum Jahr 2030 weltweit zu überwinden. Aber der Trend geht seit 2015 in die entgegengesetzte Richtung. Aktuelle Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gehen davon aus, dass etwa 735 Millionen Menschen auf der Welt hungern (2022).¹ Die Folgen der COVID-19-Pandemie, der Klimaveränderungen und des Ukrainekriegs haben die Lage verschärft. Im Jahr 2030 werden nach den jetzigen Prognosen noch immer 590 Millionen Menschen im Hunger leben. Mitverantwortlich ist dafür auch die zunehmende Flächenbelegung für Agrarexporte im globalen Süden. Den Ausweg aus der globalen Ernährungskrise weisen weiterhin agrarökologische Konzepte. Dass die Bundesregierung den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 30 Prozent steigern will, ist daher ein positives Signal.

COVID-19 und Ukrainekrieg verschärften den Hunger weltweit

Die Zahl der Menschen, die unter chronischem Hunger leiden, ist bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie gestiegen. Die ersten beiden Jahre der Pandemie führten zu einem zusätzlichen massiven Anstieg (vgl. Tabelle 2.1).² Prozentual am stärksten von Hunger betroffen ist der afrikanische Kontinent, wo 19,7 Prozent der Menschen hungerleiden, gefolgt von Asien (8,5 Prozent) sowie Lateinamerika und der Karibik (6,5 Prozent).³ Besonders betroffen sind Kinder. Nach aktuellen Schätzungen waren im Jahr 2022 29,1 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren (193,1 Millionen) chronisch oder akut mangelernährt.⁴

1 FAO et al. (2023), S. 10.

2 Die Berechnungsmethoden der FAO für die Erfassung des weltweiten Hungers und die Datenlage haben sich mehrfach geändert, zuletzt im Jahr 2023. Vor allem durch aktualisierte Zahlen aus China wurden die Daten bis ins Jahr 2000 rückwirkend revidiert. Eine Vergleichbarkeit mit den Statistiken früherer Jahre ist daher nicht möglich. Nichtsdestotrotz bestätigt die Revision den zuvor konstatierten Trend, dass die Zahl der weltweit von Hunger betroffenen Menschen 2022 höher ist als im Jahr 2010.

3 FAO et al. (2023), S. 9.

4 Ebd., S. 31.

Tabelle 2.1

Zahl der unterernährten Menschen weltweit 2010–2030 (in Millionen)

	2010	2015	2019	2020	2021	2022	2025*	2030*
Welt	597,8	588,9	612,8	701,4	738,9	735,1	668,8	590,3
Afrika	159,2	189,6	225,1	254,7	270,6	281,6	290,0	298,2
Asien	392,8	357,8	343,9	396,2	414,1	401,6	328,9	242,0
Lateinamerika und Karibik	36,7	32,9	36,0	42,3	45,6	43,2	43,0	44,5
Ozeanien	2,4	2,5	2,8	2,7	2,9	3,2	k.A.	k.A.
Nordamerika und Europa	**	**	**	**	**	**	k.A.	k.A.

Quelle: FAO et al. (2023), S. 10. Für 2020-2022 prognostizierte Mittelwerte.

* Prognosen für 2025 und 2030 nach Angaben von FAO et al. (2023), S. 17.

** nicht berichtet, da die Prävalenz weniger als 2,5 Prozent beträgt

Betrachtet man die Gesamtzahl der von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen, so hatten 2022 sogar 2,4 Milliarden Menschen auf der Welt keinen regelmäßigen Zugang zu sicherer, nahrhafter und ausreichender Nahrung, mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung und 391 Millionen mehr als 2019 vor der COVID-19-Pandemie.⁵

Der Global Hunger Index nennt den Klimawandel, gewaltsame Konflikte und wirtschaftliche Krisen als die drei wesentlichen Einflussfaktoren für den Hunger weltweit.⁶ In den vergangenen Jahren haben sich alle drei Parameter verschlechtert.⁷ Die wirtschaftlichen Einbrüche in Folge der COVID-19-Pandemie sowie klimabedingte Ernteaufälle und innerstaatliche gewaltsame Konflikte (etwa im Jemen) hatten bereits zu einer deutlichen Verschlechterung der Welternährungssituation geführt. So machten allein die beiden ersten Jahre der Pandemie die Fortschritte zweier Dekaden des Kampfs gegen den Hunger zunichte und warfen hunderte Millionen Menschen zurück in den chronischen Hunger.⁸

Der Krieg in der Ukraine hat die Situation weiter verschärft, denn Russland und die Ukraine spielen als Exporteure von Dünger und einigen Grundnahrungsmitteln eine zentrale Rolle bei der Versorgung

5 FAO et al. (2023), S. xix.

6 Welthungerhilfe/Concern Worldwide (2022), S. 8.

7 Ebd.

8 FAO et al. (2022)

anderer Staaten. So entfielen nach Angaben der FAO in den letzten Jahren 18 Prozent der weltweiten Produktion von Gerste, Weizen und Mais auf diese beiden Länder, bei der Produktion von Sonnenblumenkernen lag ihr Weltmarktanteil bei über 50 Prozent.⁹

Der durch Ernteausfälle, Wirtschaftssanktionen und kriegsbedingt gestörte Handelswege ausgelöste Rückgang des russisch-ukrainischen Exportvolumens trifft jene Staaten besonders hart, die dringend auf Importe angewiesen sind und für die Preissteigerungen ein besonderes Problem darstellen – die sogenannten „low-income food-deficit countries“ (LIFDCs). Zu ihnen gehören etwa Eritrea und Somalia, wo 100 Prozent bzw. 92 Prozent der Weizenimporte aus Russland oder der Ukraine stammen. Auch Länder wie Ägypten, die Türkei und der Libanon sind zu über 75 Prozent von Weizenimporten aus diesen Ländern abhängig.

Enorme Preiserhöhungen von Düngemitteln drohen, die Kriseneffekte noch zu verstärken. Russland und Belarus gehören zu den größten Exporteuren von Düngemitteln. Die Preise haben sich hier noch rasanter nach oben entwickelt als bei Getreide. Auch hiervon sind die Bäuer*innen im globalen Süden besonders betroffen, da sie einen größeren Anteil ihres Budgets für Dünger ausgeben müssen. Sie leiden nun verstärkt unter den negativen Effekten eines Agrarmodells, das auf dem kombinierten Einsatz von patentiertem Saatgut und darauf abgestimmten Düngemitteln und Pestiziden basiert.

Besonders stark stiegen die Preise in Subsahara-Afrika, wo die Länder 2022 zwischenzeitlich mit Preisanstiegen ihrer Gesamtimporte um 60 Prozent (im Vergleich zu 2020) konfrontiert waren.¹⁰ Auf der Produzent*innenseite sind vor allem kleinbäuerliche Betriebe und Subsistenzlandwirt*innen betroffen. Da für sie Saatgut, Düngemittel und Treibstoffe zum Teil unerschwinglich geworden sind, müssen erhebliche Ernterückgänge in den kommenden Saisons befürchtet werden.¹¹

Die kriegsbedingten Preissteigerungen treffen die ärmeren Teile der Bevölkerung in besonderem Maße. Das gilt auch für Deutschland, aber noch mehr für die ärmeren Länder, in denen die Menschen tendenziell einen größeren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufbringen müssen. Bei den ärmsten 20 Prozent der Menschen im globalen Süden entfällt durchschnittlich über die Hälfte der Ausgaben auf Lebensmittel, bei den reichsten 20 Prozent ist es nur ein Fünftel (s. Abbildung 2.1).

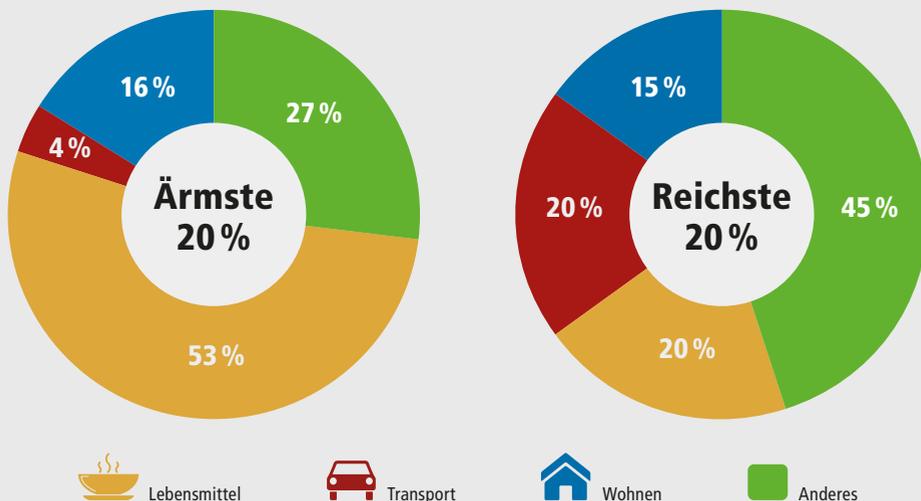
9 FAO (2022b)

10 FAO (2022a), S. 81.

11 Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022a), S. 8.

Abbildung 2.1

**Die Ärmsten treffen Lebensmittelpreissteigerungen am stärksten:
Zusammensetzung der Haushaltsausgaben in Entwicklungs- und
Schwellenländern**



Quelle: Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance (2022b), S. 10.

Fehlernährung in den reicheren Ländern

Der verschärften Hungersituation in den ärmeren Ländern steht in den reicheren Ländern ein anderes Problem gegenüber: das der Fehlernährung und der Fettleibigkeit (Adipositas). In Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 15,4 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von Adipositas betroffen (Zahlen für 2021).¹²

Weltweit schätzt die FAO allein die Zahl der übergewichtigen Kinder unter fünf Jahren auf 38,9 Millionen (2020).¹³ Auch bei Erwachsenen steigt der Anteil der Menschen mit Fettleibigkeit. Wenn sich der gegenwärtige Trend fortsetzt, wird weltweit bis zum Jahr 2025 jeder fünfte Erwachsene betroffen sein.¹⁴

Um diesem Trend zu begegnen, fordert die WHO unter anderem einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Werbung für un-

¹² Statistisches Bundesamt (2023), S. 33.

¹³ Vgl. FAO et al. (2022), S. 33.

¹⁴ <https://www.worldobesity.org/news/world-obesity-day-all-countries-significantly-off-track-to-meet-2025-who-targets-on-obesity>.

gesunde Lebensmittel.¹⁵ Sie hat im Jahr 2022 den Prozess zur Entwicklung einer Richtlinie gestartet, die Länder weltweit bei der Einführung von Regulierungen in diesem Bereich unterstützen soll.¹⁶ Bisher haben 60 Länder weltweit einschränkende Regeln bezüglich des auf Kinder zugeschnittenen Marketings von Lebensmitteln erlassen, die allerdings in ihrer Reichweite stark variieren.¹⁷

Deutschland setzte in diesem Bereich in der Vergangenheit auf die Freiwilligkeit der Werbetreibenden¹⁸ – mit dem Effekt, dass Kinder zwischen drei und dreizehn Jahren, die regelmäßig Internet oder TV-Inhalte konsumieren, täglich im Durchschnitt über 15-mal Werbung für ungesunde Nahrungsmittel zu sehen bekommen.¹⁹ Die gegenwärtige Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag dazu bekannt, zumindest „bei Sendungen und Formaten für unter 14-Jährige“ auf Kinder zugeschnittene Werbung „für Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt“ verbieten zu wollen.²⁰ Bundesminister Cem Özdemir hat im Februar 2023 entsprechende Pläne für mehr Kinderschutz in der Werbung vorgestellt. Nach einem Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) soll an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel mit zu viel Zucker, Salz oder Fett künftig nicht mehr erlaubt sein.²¹ Der Entwurf ist derzeit in der Ressortabstimmung und muss danach vom Bundestag beschlossen werden, damit das Gesetz in Kraft treten kann.

Die wachsende Zahl der Fehlernährten deutet auch darauf hin, dass es in der globalen Nahrungsmittelverteilung ein problematisches Ungleichgewicht gibt. Tatsächlich geht die FAO davon aus, dass global gesehen genügend Lebensmittel für alle verfügbar wären. Ein wesentliches Problem liegt also nicht in der zu geringen Produktion, sondern in der Qualität und der ungleichen Verteilung der Produkte.

Wachsender globaler Flächenfußabdruck Deutschlands

Eine Ursache für den Nahrungsmittelmangel ist in zahlreichen Ländern des globalen Südens die zunehmende Nutzung von Anbauflächen für den Export. Dafür ist auch Deutschland mitverantwortlich. Das Statistische Bundesamt zeigt in Untersuchungen über die Flächenbelegung von

15 WHO (2022)

16 Vgl. <https://www.who.int/news-room/articles-detail/Online-public-consultation-on-draft-guideline-on-policies-to-protect-children-from-the-harmful-impact-of-food-marketing>.

17 WHO (2022), S. 3.

18 Vgl. <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/056-werbung-lebensmittel-kinder.html>.

19 Effertz (2021), S. 44.

20 SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021), S. 45.

21 <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/024-lebensmittelwerbung-kinder.html>

Ernährungsgütern, dass zur Deckung des deutschen Nahrungsmittelbedarfs vermehrt Flächen herangezogen werden, die außerhalb des Staatsgebiets der Bundesrepublik liegen. 2017 betrug die für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern benötigte Fläche 19,1 Millionen Hektar.²² Davon lagen 7,2 Millionen Hektar innerhalb und 11,9 Millionen Hektar außerhalb Deutschlands. Seit 2008 ist die Beanspruchung von ausländischen Flächen für den deutschen Nahrungsmittelkonsum damit um 4,5 Prozent angestiegen. Diese Flächen stehen folglich nicht mehr für die Deckung heimischer Bedarfe in den Exportländern zur Verfügung. Gemessen am Flächenverbrauch lebt die deutsche Bevölkerung damit weiterhin „auf zu großem Fuß“.

Ein Problem stellt dies insbesondere deshalb dar, weil weltweit landwirtschaftliche Flächen knapp werden. Mehr als die Hälfte der global zur Verfügung stehenden Ackerflächen sind bereits heute von Erosion, Versiegelung, Verschmutzung oder Versalzung gefährdet oder bereits degradiert.²³

Besonders viel landwirtschaftliche Fläche nimmt die Produktion von tierischen Lebensmitteln in Anspruch. Insgesamt wurden knapp 12 Millionen Hektar (davon 2,6 Millionen Hektar außerhalb Deutschlands) Agrarfläche für Futtermittel (z. B. Soja) verwendet.²⁴ Erwähnenswert ist, dass von den knapp 3 Millionen Hektar Anbaufläche, die weltweit für den deutschen Bedarf an Soja verwendet werden, nur knapp vier Prozent auf die Herstellung von pflanzlichen Lebensmitteln wie Tofu oder Sojadinks entfallen.²⁵ Die restlichen 96 Prozent werden für die Produktion von Soja für die Verfütterung in der industriellen Tierhaltung genutzt.²⁶ Ein großer Teil dieser Flächen liegt in Ländern mit hohem Entwaldungsdruck, wie zum Beispiel in Brasilien, wo jährlich hunderttausende Hektar der artenreichsten Ökosysteme weltweit verloren gehen.²⁷ Aber auch innerhalb Deutschlands werden nur auf knapp 27 Prozent der bewirtschafteten Agrarfläche pflanzliche Nahrungsmittel für den direkten menschlichen Verzehr angebaut.²⁸

Weltweite Nahrungsmittelverschwendung und -verluste

Ein weiteres Problem bei der Verwirklichung von SDG 2 ist die enorme Verschwendung von Nahrungsmitteln. Mit SDG 12.3 haben sich die Regierungen verpflichtet, bis 2030 die weltweite Nahrungsmittel-

22 Statistisches Bundesamt (2020). Die Zahlen wurden seit 2020 nicht mehr aktualisiert.

23 WWF (2020), S. 60f.

24 Statistisches Bundesamt (2019b), S. 8.

25 WWF (2022b), S. 26ff.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Statistisches Bundesamt (2019b), S. 8.

verschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste zu verringern. Es ist zwar noch nicht möglich, das weltweite Ausmaß der im Einzelhandel und beim Konsum vergeudeteten Nahrungsmittel zu ermitteln, aber die FAO schätzt allein den Anteil der Nahrungsmittel, die nach der Ernte auf dem Bauernhof und auf den Stufen Transport, Lagerung, Verarbeitung und Großhandel verloren gehen, weltweit auf 14 Prozent. Das entspricht einem Wert von über 400 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Dazu kommen weitere 17 Prozent, die jährlich durch Einzelhandel und Endverbraucher*innen verschwendet werden.²⁹

Das Problem der Nahrungsmittelverschwendung betrifft auch Deutschland und die EU. Laut Feedback EU gehen in der EU jedes Jahr geschätzte 153,5 Millionen Tonnen Nahrungsmittel verloren bzw. werden verschwendet³⁰ – das entspricht 344 kg pro Person.

Agrarökologie als Alternative

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung sowie der Krieg in der Ukraine haben einmal mehr deutlich gemacht, wie krisenanfällig das globale Ernährungssystem ist. Eine wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen sieht daher in einem Zurück zur alten Normalität nach der Krise keine Lösung. Notwendig sei vielmehr eine grundsätzliche Transformation der weltweiten Agrar- und Ernährungssysteme.³¹ Sie sehen im ganzheitlichen Konzept der Agrarökologie eine Alternative, die wissenschaftlich fundiert und in der Praxis hinlänglich erprobt ist. Es verbindet ökologische Prinzipien mit dem politischen Ansatz der Ernährungssouveränität und dem Recht auf Nahrung. Positive Auswirkungen haben agrarökologische Ansätze nicht nur auf Ernährungssicherheit und Nährstoffversorgung sowie die Resilienz der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Ökosysteme, sondern auch auf andere SDGs aus dem sozio-ökonomischen Bereich.³²

Eine wichtige Grundlage bildet weiterhin der Weltagrarbericht (*International Assessment of Agricultural Science, Knowledge and Technology for Development*, IAASTD) der bereits 2009 veröffentlicht wurde.³³

29 <https://www.fao.org/policy-support/policy-themes/food-loss-food-waste/en/>. Vgl. dazu auch die Food Loss and Waste Database der FAO: <http://www.fao.org/platform-food-loss-waste/flw-data/en/>.

30 Feedback EU (2022), S. 6.

31 Vgl. dazu z. B. das Positionspapier von INKOTA et al. (2019).

32 Vgl. dazu die Metaanalyse von Kerr et al. (2021).

33 IAASTD (2009)

Zu den im Weltagrarbericht genannten Reformvorschlägen gehören:

- » Der Stopp der Erweiterung landwirtschaftlicher Produktionsflächen für den Konsum im globalen Norden.
- » Den Schwerpunkt auf Kleinproduzent*innen und ökologischen Landbau setzen.
- » Die stärkere Regulierung und Reduzierung der Verwendung von Agrochemikalien

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie war bisher das Ziel formuliert, den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 20 Prozent zu steigern. Die gegenwärtige Bundesregierung erhöhte in ihrem Koalitionsvertrag und später im Grundsatzbeschluss zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel auf 30 Prozent bis 2030.³⁴ Dafür wären rasche Fortschritte nötig: 2020 waren gerade einmal 9,6 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen ökologisch bewirtschaftet.³⁵ Das Umweltbundesamt hielt 2022 fest, dass in den letzten Jahren die Fläche unter ökologischer Bewirtschaftung angewachsen, „das 30%-Ziel der Bundesregierung [aber] noch weit entfernt“ sei.³⁶

Darüber hinaus benennt die Ampelkoalition die Förderung von agrar-ökologischen Ansätzen auch als einen Baustein ihrer Entwicklungszusammenarbeit.³⁷ Es fehlen allerdings – ebenso wie in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – weiterhin Ziele und Indikatoren, welche die über die konkrete Entwicklungszusammenarbeit hinausgehende globale Verantwortung Deutschlands für nachhaltige Ernährungssicherheit adressieren. Ein Beispiel dafür wäre der Flächenverbrauch Deutschlands im Ausland durch den Import von Lebens- und Futtermitteln.

34 SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021), S. 36 und Bundesregierung (2022), S. 13.

35 Umweltbundesamt (2022)

36 Ebd.

37 SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP (2021), S. 120.